UNIVERSITY OF CALIFORNIA
OCT 19 1936
LIBRARY

Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alles Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin Freitag, 2. Oktober	Nr. 1286

Dankteleqramm General Francos an Rudolf Heß.

Berlin, 1. Oktober. Auf das an die Verteidiger und Befreier des Alkazar gerichtete Glückwunschtelegramm des Stellvertreters des Führers ging folgende Antwort des Generals Franco ein:

„Stellvertreter des Führers Rudolf Heß, Berlin.

„Im Namen der Verteidiger des Alkazar von Toledo und im Namen auch der mir unterstellten Streitkräfte danke ich tief bewegt für die zu Herzen gehenden Glückwünsche der NSDAP. und verbinde mit den freundlichsten Grüßen an diese den Wunsch für Zukunft und Größe des deutschen Volkes. gez. Franco."

Hamburg baut eine neue Sielanlage.

Hamburg, 1. Oktober. Seit langer Zeit war die Hamburger Sielanlage überaltert. Die Tatsache, daß der Sielabfluß in die Elbe führte, hatte zudem dazu geführt, daß sich in heißen Sommermonaten für die zahllosen Volksgenossen, die am Strande der Elbe Erholung suchten, infolge der Verunreinigung des Wassers ein unerträglicher Zustand ergab. Der nationalsozialistische Staat hat nunmehr auch hier für gründliche Abhilfe gesorgt.

Im Vorort Langenfelde hat man bereits mit den Arbeiten zum Bau einer neuen Großkläranlage begonnen, nachdem die Finanzierung sichergestellt ist. Die Anlegung des ersten Teils der zur Finanzierung dieses großzügigen Planes aufgelegten Hamburger Staatsanleihe hat bekanntlich mit einem vollen Erfolg abgeschlossen. Die neue große Sielanlage wird einen Kostenaufwand von insgesamt 40 Millionen RM beanspruchen. Der Bau wird vielen Tausenden Arbeit und Brot schaffen.

Die NSKK.-Männer in Budapest.

Budapest, 1. Oktober. Die Teilnehmer der Ungarnfahrt des NSKK. trafen am Donnerstag abend in der ungarischen Hauptstadt Budapest ein. An der Stadtgrenze wurden die deutschen Gäste von dem Vizepräsidenten des königlich Ungarischen Automobil-Klubs begrüßt. Die heutige Strecke, die den Ausgangspunkt von Debrecen nahm, bot den deutschen Teilnehmern Gelegenheit, einen Einblick in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Ungarns zu gewinnen.

Am Mittwoch waren die deutschen Automobilisten in die Puszta gefahren und hatten die alte ungarische Universitätsstadt Debrecen besichtigt. Am Freitag wird Korpsführer Hühnlein einen Kranz an dem ungarischen Heldendenkmal niederlegen. Am Nachmittag findet ein Empfang auf der Deutschen Gesandtschaft und abends ein vom Ungarischen Automobilklub veranstaltetes Festessen statt.

Keine Abwertung des Schilling.

Wien, 2. Oktober. Der Bundesminister für die Finanzen Dr. Draxler und der Präsident der Nationalbank Dr. Kienböck veröffentlichen durch die Amtliche Nachrichtenstelle folgende Erklärung:

„Nach sorgfältiger Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Oesterreichs und der möglichen Rückwirkungen der im Auslande getroffenen währungspolitischen Maßnahmen auf die heimischen Wirtschaftsinteressen sind wir zum Ergebnis gekommen, den Gedanken einer Abwertung des Schilling entschieden abzulehnen."

Eine Treue-Erklärung für Starhemberg.

Wien, 2. Oktober. Die schon seit langem in Aussicht genommene und dann immer wieder verschobene Führertagung des Heimatschutzes fand am Donnerstag nachmittag statt. Nach der von der Pressestelle der Bundesführung verbreiteten Verlautbarung haben die Teilnehmer an der Tagung, darunter alle Landesführer, erklärt, daß sie in uneingeschränktem Vertrauen zum Bundesführer Starhemberg stehen. Starhemberg sei der einzige Repräsentant des Oesterreichischen Heimatschutzes, nur er allein spreche und handle für den Heimatschutz. Die versammelte Führerschaft habe das Vorgehen des Majors Fey und einiger anderer Personen, die bekanntlich den Major Fey vor einiger Zeit zum Wiener Landesführer gewählt haben, auf das schärfste verurteilt und abgelehnt. Die Führerschaft begrüße die rückhaltsloe Säuberung des Heimatschutzes von allen zersetzenden Elementen.

Die Führertagung wird am Freitag zur Beratung von politischen und organisatorischen Fragen fortgesetzt.

Keine Aenderung der polnischen Währungspolitik.

Warschau, 2. Oktober. Im Präsidentschaftsgebäude fand unter Vorsitz des Präsidenten der Republik eine Besprechung statt, an der Generalinspekteur Rydz-Smigly, Ministerpräsident Sladkowski und die Mitglieder der Regierung teilnahmen. Nach Prüfung der internationalen Währungslage kam man zu dem Schluß, daß kein Grund für eine Aenderung der polnischen Währungspolitik vorliege.

Französische Währungsvorlage endgültig verabschiedet.

Paris, 1. Oktober. Der Senat war am 20 Uhr in die dritte Lesung des von der Kammer abgeänderten Textes der Währungsgesetze eingetreten. Zu Artikel 13, der eine Besteuerung in der Höhe von 50 v. H. der Devisengeschäftsgewinne während der Ultimoliquidierung vorsieht, schlug der Senator Paul Laffont eine Erhöhung dieser Besteuerung auf 80 v. H. vor. Zur Begründung dieses Antrages erklärte er, daß diese spekulativen Geschäfte unmoralisch seien und daher ein Gewinn aus ihnen nicht zulässig sein könne. Wenn gegen diese Gewinne vom moralischen Standpunkt nichts einzuwenden wäre, wäre eine Sonderbesteuerung nicht gerechtfertigt.

Der Senat schloß sich diesem Antrag mit 161 gegen 131 Stimmen an. Anschließend nahm der Senat die verschiedenen von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorlagen wie das Abkommen mit dem Credit Foncier, die Aufhebung der Notverordnungen bezüglich der Kriegspensionen sowie das Projekt über ein Abkommen mit der Amortisationskasse zugunsten der Unterzeichner der letzten Anleihe an und vertagte sich dann auf 22.30 Uhr.

Inzwischen ist die Kammer um 21.30 Uhr erneut zusammengetreten, um über die vom Senat zurückgekehrte Gesetzesvorlage in vierter Lesung zu beraten.

Die Kammer hatte am späten Abend mit 350 gegen 219 Stimmen die vom Senat vorgenommene Erhöhung des Steuersatzes für Devisengewinne aus Ultimo-Liquidierungen auf 80 v. H. wieder auf 50 v. H. herabgesetzt, sodaß die Vorlage erneut an den Senat zurückgehen mußte, der sich schließlich mit diesen 50 v. H. einverstanden erklärte. Um Mitternacht konnte dann endlich in der Kammer das Schlußdekret für die außerordentliche Sitzung verlesen werden.

Die Währungsvorlage hat damit Gesetzeskraft erlangt. Sie wird am Freitag vormittag im Gesetzblatt veröffentlicht werden. Der Wiedereröffnung der Börse am Freitag steht somit nichts mehr im Wege.

Ministerpräsident Blum ist am Donnerstag abend nach Genf abgereist, ehe noch die Einigung zwischen Kammer und Senat über die Währungsvorlage erzielt war.

Der Parteitag der englischen Konservativen.

London, 2. Oktober. Die konservative Parteikonferenz in Margate erörterte am Donnerstag nachmittag mehrere innerpolitische Fragen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Regierung aufgefordert, die „zweite Verteidigungslinie der Nation", die Landwirtschaft, zu stärken, um einen größeren Hundertsatz der englischen Nahrungsmittel im Inland erzeugen zu können. Die Redner wiesen darauf hin, daß die englische Bevölkerung im Kriegsfalle zu stark auf ausländische Nahrungszufuhren angewiesen wäre.

In einer weiteren mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung wurde die Regierung aufgefordert, einen allgemeinen Schutzzoll für sämtliche Landwirtschaftserzeugnisse mit unterschiedlichen Zollsätzen für ausländische Staaten und britische Dominien einzuführen. Landwirtschaftsminister Elliot betonte jedoch, daß er sich mit dieser Forderung nicht einverstanden erklären könne.

Schließlich nahm die Konferenz eine Entschließung an, in der die sofortige Reform des englischen Oberhauses gefordert wurde.

Das konservative Unterhausmitglied Sir Robert Horne sprach über das Währungsabkommen zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten. Er führte dabei aus, er hoffe, daß das Abkommen einen Wendepunkt in der Währungsgeschichte bedeute. In seinem weiteren Ausführungen gab er der Ansicht Ausdruck, daß England allmählich zum Goldstandard zurückkehren werde, allerdings nicht zu einem Goldstandard in der geistlosen Form der Vergangenheit.

Arbeiterparteiliche Kritik an der Rede Hoares.

London, 2. Oktober. Die Rede Sir S. Hoares auf dem konservativen Parteitag hat bereits zwei Antworten aus den Kreisen der Arbeiterpartei gezeitigt. Der Abgeordnete Greenwood sprach am Donnerstag abend in Edinburg, wobei er erklärte, daß der Versuch Hoares, zwischen wirtschaftlichen und politischen Führern der Arbeiterpartei einen Unterschied zu machen, fehlschlagen müsse. Es habe im Gegenteil niemals eine größere Einigkeit zwischen den industriellen und politischen Kräften der Arbeiterpartei bestanden als heute. Sie marschierten in völliger Geschlossenheit in allen Fragen der Politik zusammen. Greenwood betonte dann, daß die Arbeiterpartei nicht bereit sei, den Marschbefehl aus dem Munde eines Tory-Ministers entgegenzunehmen. Es sei Sir Samuel Hoare gewesen, der einen großen Bürgerkrieg in Spanien als gleichbedeutend mit einem Bierhausgezänk bezeichnet habe. Er sei es gewesen, der nach dem Rückzug von Mussolini jetzt starke Worte über Englands Macht im Mittelmeer spreche, und er sei es, der jetzt der Arbeiterpartei zu predigen versuche. Er solle schweigen.

Auch der Arbeiterparteiler Sir Stafford Cripps, früher Generalstaatsanwalt, befaßte sich in einer Rede in Leeds mit den Zielen der Regierung, der er nachsagte, daß sie als einziges Mittel für ein schwieriges nationales Problem die Aufrüstung zu empfehlen habe, ohne Rücksicht auf die Lehren der Geschichte und die erwiesene Tatsache, daß Wettrüsten nur in einem Kriege enden könne.

François-Poncet bei Präsident Lebrun.

Paris, 1. Oktober. Präsident Lebrun empfing am Donnerstag nachmittag den französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet.

Vor Beseitigung der Sträflingskolonie Cayenne.

Paris, 1. Oktober. Nach einer Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz des Justizministers abgehaltenen zwischenministeriellen Sitzung erklärte der Justizminister, daß er der Kammer noch am Donnerstag eine Gesetzesvorlage zur Aufhebung der Sträflingskolonie Cayenne unterbreiten zu können hoffe.

Handelskammerpräsident Clark für Handelsvertragsrevision.

London, 1. Oktober. Auf der Herbsttagung der britischen Handelskammer in Cardiff forderte der Präsident Sir Geoffrey Clark eine Revision der britischen Handelsverträge mit ausländischen Staaten und eine staatliche Unterstützung für die britische Schiffahrt.

Die Handelsverträge sollten künftig so gestaltet werden, daß die Einfuhren Englands aus den einzelnen Ländern der Fähigkeit dieser Länder, englische Waren zu kaufen, angepaßt würden.

20 belgische Bergarbeiter verschüttet.

Brüssel, 2. Oktober. In einem Bergwerk in La Bouverie im Kohlenrevier von Mons ereignete sich am Donnerstag eine Schlagwetterexplosion. Etwa 20 Bergleute befinden sich noch im Schacht. Da die Rettungsmannschaften noch nicht wieder ausgefahren sind, ist über das Schicksal der Eingeschlossenen nichts bekannt.

Wieder ein sowjetrussischer Volkskommissar abgesetzt.

Moskau, 1. Oktober. Im Zuge der Moskauer Machtkämpfe wurde, wie amtlich mitgeteilt wird, der Volkskommissar für die Holzindustrie, Lobow, aus seinem Amte entfernt. An seiner Stelle wurde Iwanow zum Volkskommissar für die Holzindustrie ernannt.

Antibolschewistische Massenkundgebung in Budapest.

Budapest, 2. Oktober. In den Sälen der Budapester Redoute wurde am Donnerstag abend eine eindrucksvolle antibolschewistische Kundgebung abgehalten. Die Kundgebung, die von der Christlichen Wirtschaftspartei und den nationalen Studentenverbänden einberufen worden war, fan damit Rücksicht auf das allgemeine Versammlungsverbot in der Form eines Rechenschaftsberichts der Reichstagsabgeordneten statt.

Unter stürmischem, langanhaltendem Beifall wurden von der Versammlung die Bildung einer einheitlichen antibolschewistischen Front aller national eingestellten Kräfte, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Schaffung eines allgemeinen staatlichen Arbeitsdienstes gefordert.

Als einer der Abgeordneten auf die Ereignisse in Spanien hinwies und hierbei der Helden vom Alkazar gedachte, erhoben sich die tausendköpfige Versammlung und brach der Ehren der tapferen Kämpfer von Toledo in minutenlangen stürmischen Jubel aus.

Der Präsident der Christlichen Wirtschaftspartei, Csillery, forderte, immer wieder von begeistertem Beifall unterbrochen, die geschlossene nationale Front gegen den Bolschewismus und wandte sich hierbei scharf gegen die Machenschaften der Marxisten. Csillery richtete an die Regierung die Aufforderung, unverzüglich die Sozialdemokratische Partei aufzulösen. Ein weiterer Redner forderte den Abruch der diplomatischen Beziehungen Ungarns zu Sowjetrußland und erklärte, daß die Budapester sowjetrussische Gesandtschaft den Stützpunkt kommunistischer Umtriebe bilde. Als Präsident Csillery in seinen Ausführungen auf das Ueberwuchern des jüdischen Einflusses in Ungarn hinwies und auf die Tatsache aufmerksam machte, daß der ungarische Landbesitz zu einem großen Teil in jüdischen Händen sei, brach die Versammlung in stürmische antijüdische Rufe aus. Die Zeit zum Handeln, so erklärte der Redner weiter, sei gekommen, die christliche Ueberzeugung dürfe sich nicht nur in Worten erschöpfen, sondern müsse jetzt in die Tat umgesetzt werden. Csillery forderte die Arbeiterschaft auf, den marxistischen Gewerkschaften den Rücken zu kehren und sich den christlichnationalen Arbeiterverbänden anzuschließen. Die bisherigen Klassengegensätze müßten verschwinden.

Zum Schluß der außerordentlich bewegten Kundgebung wurde von Präsident Csillery die Gründung der antibolschewistischen ungarischen Liga bekanntgegeben und zum allgemeinen Beitritt aufgefordert.

„Antibolschewistische Ungarische Liga" gegründet.

Budapest, 1. Oktober. Der Präsident der Christlichen Wirtschaftspartei des ungarischen Parlaments, der frühere Gesundheitsminister Csillery, hat am Donnerstag abend gemeinsam mit einer Reihe von Abgeordneten eine „Antibolschewistische Ungarische Liga" gegründet.

In der Gründungsversammlung entwickelte der Präsident der Christlichen Wirtschaftspartei die Richtlinien der antibolschewistischen Liga, wobei er einleitend auf die Ereignisse in Spanien und die Wühlarbeit der Dritten Internationale hinwies. Die Greueltaten der Kommunisten in Spanien zeigten, welches Schicksal Ungarn allen antibolschewistischen Kräften der Welt zugedacht habe. Unter diesen Umständen seien nicht mehr Worte, sondern nur noch Taten am Platze. Das christliche Ungarn müsse sich gegen die bolschewistische Gefahr zu einem einheitlichen Abwehrkampf zusammenschließen. Jeder christliche Ungar solle unverzüglich der antibolschewistischen Liga beitreten.

Präsident Csillery teilte dann mit, daß ein Zentralbüro der Liga geschaffen werden solle mit der Aufgabe, die kommunistische Bewegung zu beobachten, die nationalen Presseorgane über die bolschewistische Gefahr aufzuklären und die Behörden auf alle Bewegungen der kommunistischen Weltorganisation aufmerksam zu machen. Man beabsichtige ferner, zu einer Zusammenarbeit mit allen antibolschwistischen Organisationen des Auslandes zu gelangen.

Der Vorschlag des Präsidenten der christlichen Wirtschaftspartei wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde die Gründung der „Antibolschewistischen Ungarischen Liga" beschlossen. Von der Gründung wird den Behörden Mitteilung gemacht werden.

Ungarns Nichtteilnahme am Abrüstungsausschuß.

Budapest, 1 .Oktober. Zu der Ankündigung des ungarischen Völkerbundsdelegierten, daß sich Ungarn nicht am Abrüstungsausschuß beteiligen werde, nimmt der Pester Lloyd Stellung.

Das Blatt schreibt, daß sich Ungarn bei diesem Entschluß auf zwei Beweggründe stütze: erstens darauf, daß der Völkerbund noch immer nicht den Standpunkt der Rechtsgleichheit in der Abrüstungsfrage annehme, Ungarn aber einzig und allein auf der prinzipiellen Grundlage dieser Rechtsgleichheit in Verhandlungen eintreten könne. Zweitens seien die Bemühungen zur Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen unter den gegebenen Umständen ohnehin völlig aussichtslos, weil auf keiner Seite Bereitschaft bestehe, mit Rüstungsbeschränkungen zu beginnen.

Solange die Großmächte keine Bereitschaft zur Rüstungsbeschränkung zeigten, sei die Aktion zur Wiederbelebung der Abrüstungskonferenz zur ein fruchtloses Manöver. Ungarn sei also praktisch gezwungen, diesen Arbeiten seine Beteiligung zu versagen.

Die Reise Pacellis nach den Vereinigten Staaten.

Rom, 1. Oktober. Der überraschenden Reise des Kardinalstaatssekretärs Pacelli nach den Vereinigten Staaten von Amerika wird in hiesigen politischen Kreisen starke Beachtung geschenkt, da es das erste Mal ist, daß ein Staatssekretär der Kurie sich nach Nordamerika begibt. Von katholischer Seite wird lediglich erklärt, es handele sich um eine Urlaubsreise, die Pacelli hauptsächlich zum Besuch von New-Yorf und Washington benützen werde. Der Rückkehr des Staatssekretärs der Kurie wird gegen den 10. November erwartet.

30 Verletzte bei Streikunruhen in Pennsylvanien.

New Yorf, 2. Oktober. In Reading (Pennsylvanien) kam es zu einem Zusammenstoß zwischen streikenden Textilarbeitern und Polizeibeamten, in dessen Verlauf mindestens 30 Personen verletzt wurden.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.